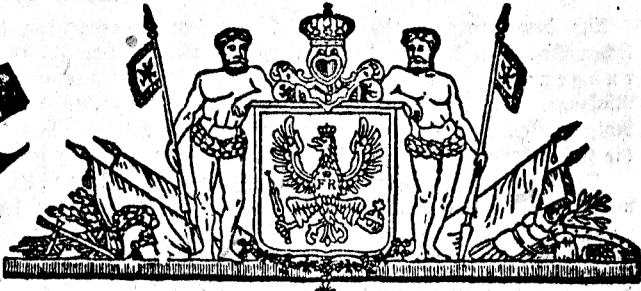


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtags nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage, Allgemeine Verlosungstabelle, Kurszettel der Berliner Börsen.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend monatl. 10.— M., durch eigene Boten tägl. zweimal frei ins Haus; durch die Post 9.— M. (ohne Bestellg.). Anzeigen: Zeile 3.— M. u. 40% Teuerungszuschlag, Familienanzeigen 1,50 M netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22/26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils.): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 852, sowie 15 277, 15 281, 15 282 bis 15 298

Wilson gegen Frankreichs Vorgehen.

Eine Note an den Obersten Rat.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Kopenhagen, 7. April.

Wilson hat an den Obersten Rat eine Note gerichtet, in der er auf die Gefahren aufmerksam macht, die Frankreichs eigenmächtiges Vorgehen für den Bloch der Alliierten und für die Lage in Europa bedeutet. Der Präsident stellt das französische Vorgehen in seiner Note dem Vorgehen Italiens in der Adriafrage gleich.

Der Korrespondent des „Daily Chronicle“ in New York berichtet, daß die Drohung Frankreichs, Frankfurt und andere

Rheinstädte zu besetzen, in Washington sehr ungünstig beurteilt wird. Man erklärt, daß die Haltung Frankreichs die von Herrn Wilson an Senator Hitchcock in einem Brief erhobene Anklage rechtfertigt. Es sei ganz offensichtlich, daß die Militärpartei in Frankreich völlig die Oberhand habe. Präsident Wilson betrachte die Entsendung deutscher Truppen in das Ruhrgebiet nicht als Verletzung des Friedensvertrages. Seiner Ansicht nach ist Deutschland durch die Notwendigkeit, die Ordnung aufrecht erhalten zu müssen, völlig berechtigt, diese Maßnahme zu ergreifen. Man vertritt die Ansicht, daß die Vereinigten Staaten bereits Deutschland ihren Standpunkt in dieser Angelegenheit mitgeteilt hätten.

Sonnabend Nationalversammlung.

Besprechungen mit den Parteiführern.

Die Nationalversammlung wird, wie jetzt bestätigt wird, am Sonnabend zusammentreten. Im Laufe des gestrigen Nachmittags hat die Regierung sich mit der Einberufung des Parlaments einverstanden erklärt und der Präsident hat daraufhin die Einberufung angeordnet.

Am Mittwoch nachmittag und abend waren die Parteiführer zu einer neuerlichen Besprechung mit der Regierung über die Rundgebung der am Generallstreik beteiligten Organisationen versammelt. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt. Insbesondere haben sich die Sozialdemokraten, obwohl in ihrem Namen Mollath die Rundgebung mit unterzeichnet hat, ihre endgültige Entscheidung für die Fraktionsstimmung vorbehalten, die am Freitag stattfinden soll. Für die parlamentarische Gruppe scheint also die ganze Frage zurzeit noch in der Schwebe zu sein.

Blutiger Zwischenfall in Frankfurt a. M.

Marokkanische Maschinengewehre gegen Ansammlungen.

Drahtmeldung.

Frankfurt a. M., 7. April. (W. F. D.)

Am Laufe des Tages ist es hier verschiedentlich zu Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und den Besatzungstruppen gekommen. Zu einem blutigen Zusammenstoß kam es mittags an der Hauptwache, wo, soweit bisher festgestellt, seitens der Besatzungstruppen ein Kind getötet und etwa dreißig Personen mehr oder minder schwer verletzt wurden.

Infolge der Zusammenstöße heute nachmittag sind nach Mitteilung der Rettungswachen bisher sechs Tote und 35 Verwundete zu verzeichnen. Starke französische Patrouillen mit Tanks, Maschinengewehren und aufgepflanztem Bajonett durchziehen die Straßen. Die Bevölkerung ist in dichten Massen auf der Straße und äußerst erregt. Der Telephon- und Telegraphenverkehr ist ungeführt.

b Frankfurt a. M., 7. April.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Als am Dienstag um 6 Uhr früh die Frankfurter Bevölkerung allorts erwachte und später in die Fabriken und Büros ging, furchte es unheimlich in den Läden. Ganze Schwadronen von Fliegern umkreisten das Weichbild der Stadt, überflogen sie kreuz und quer und verfolgten den Einmarsch der Franzosen, der um 6 Uhr früh rasch von drei Seiten vor sich ging. Das Polizeipräsidium, der Hauptbahnhof, die Hauptpost und verschiedene große Bankgebäude wurden sofort besetzt. Große Anschläge an den Sitzsäulen vom Oberkommandierenden Degoutte teilten der Bevölkerung das Notwendige mit, darunter Belagerungszustand, Verkehr auf den Straßen von 5 Uhr früh bis 9 Uhr abends, keine Ansammlungen auf den Straßen, die Zeitungen dürfen vorerst nicht erscheinen und anderes Unerfreuliche mehr.

Der erste Tag brachte die ganze Bevölkerung auf die Beine. Die Truppen wurden in den großen öffentlichen Gebäuden und in den Schulen untergebracht, in den Vororten teilweise auch in den Privatquartieren. Heute vormittag wurde unbegreiflicherweise das Gerücht in der Stadt verbreitet, die Franzosen würden um 6 Uhr abends die Stadt verlassen. Angeblich sei von Amerika und England Herrn Millerand ein Ultimatum mit einer Frist zur Räumung der Stadt überreicht worden. Natürlich war dieses Gerücht vollkommen falsch. Es hatte aber die bedauerliche Folge, daß sich die Stimmung der Bevölkerung in bedenklicher Weise verschärfte und erregte.

Zu einem sehr betrübenden Zwischenfall kam es mittags um 2 Uhr an der Hauptwache. Dort hatte eine marokkanische Feldwache

mit einem Maschinengewehr Aufstellung genommen. Offenbar glaubte das französische Militärkommando, daß die Hauptwache ein militärischer Punkt sei, was jedoch seit vielen Jahren, nachdem früher ein Bestelbkommando dort untergebracht war, nicht mehr der Fall ist. Die Hauptwache ist vielmehr ein friedliches Kaffeehaus. Eine unabsehbare Schar Neugieriger umsäumte den großen Platz und drängte gegen die Absperrungslinie vor. Plötzlich ertönten Schüsse aus dem Maschinengewehr, und bald darauf sah man eine größere Zahl von Personen am Boden blutend liegen. Die Menge stob schreiend auseinander. 6 Personen sollen verletzt, 35 verletzt worden sein, darunter mehrere Frauen und ein sechsjähriger Knabe. Den Befehl zum Feuer soll angeblich kein Offizier gegeben haben, sondern die Marokkaner hätten in ihrer Nervosität ohne Kommando auf die Menge geschossen. Kurze Zeit darauf erschien der Frankfurter Polizeipräsident Ehrler mit französischen Offizieren, um den Tatbestand festzustellen.

Auch an anderen Punkten der Stadt soll es zu Zwischenfällen gekommen sein. Die Masse in den Hauptstraßen wurde immer dichter und die Stimmung immer gefährdender, weshalb die Direktion der Straßenbahn beschloß, bis 6 Uhr den Straßenbahnverkehr vollkommen einzustellen. Die Franzosen ließen Panzerautos an der Hauptwache und anderen wichtigsten Punkten aufstellen und verstärkten an vielen Punkten ihre Posten.

Der Oberbürgermeister erließ im Einvernehmen mit dem französischen Militäroberbefehlshaber eine Rundgebung, in der er zur Ruhe und Ordnung mahnte und die Bevölkerung aufforderte, jede Provokation der Besatzungstruppen zu vermeiden. Die Stadtverwaltung sowohl wie die drei Koalitionsparteien Zentrum, Demokraten und Mehrheitssozialisten haben, wie gemeldet, einen energischen Protest gegen die Besetzung Frankfurts erlassen und ihn den französischen Behörden zugestellt. In dem Protest wird die Besetzung als eine Verletzung des Friedensvertrages bezeichnet.

Gegen Abend wurden die französischen Truppen teilweise wieder in den großen öffentlichen Gebäuden untergebracht, aber auch Privatquartiere wurden, diesmal in größerer Anzahl, hinzugezogen. Die Besatzung besteht in der Mehrzahl aus Alpenjägern, aber auch aus Marokkanern und Artillerie.

In Homburg v. d. S. erfolgte die Besetzung durch die Franzosen heute früh um 6 Uhr. Nach Homburg sollen 2000 Mann geleitet werden. Die Besetzungszone wurde im Laufe des Tages weiter nach Friedrichsdorf und Uffingen i. Taunus ausgedehnt. In Frankfurt sollte eine ganze Division von 20 000 Mann einmarschieren. Bis heute früh war dies aber nicht der Fall. Zeitungen erscheinen auf Befehl des französischen Oberkommandierenden vorläufig nicht, wie bereits mitgeteilt worden ist. Aber auch der Verein Frankfurter Presse hat es abgelehnt, zu arbeiten, wenn die Franzosen das Erscheinen der Zeitungen nur unter Zensur gestatten sollten. Die Frankfurter Presse ist der Ansicht, daß ihr keinerlei Zensurschwierigkeiten bereitet werden dürften. Die Nachricht Berliner Blätter, daß die „Frankfurter Zeitung“ erschienen sei, ist falsch. (Siehe auch zweite Seite.)

Die Aktion der Gewerkschaften.

Reichswehrminister Geßler hat gestern in einer Besprechung mit Vertretern der Presse dargelegt, welche Schritte bisher geschehen sind, um der selbstverständlichen Forderung Genüge zu tun, daß gegen die Wiedertehr eines reaktionären Aufstiegs weitestgehende Sicherungen geschaffen werden. Er hat dabei auf die außerordentlichen Schwierigkeiten hingewiesen, die seinem Werk entgegenstehen. Schon die Tatsache, daß die Ausartungen der politischen Bewegung im Industriegebiet und im Vogtland zunächst die staatlichen Nachmittage in Bewegung halten, erschwert Reform und Reorganisation. Auch ist es nicht mit Gewaltanwendung getan, wenn nicht neues Unheil entstehen soll. Die aufzulösenden Formationen müssen in irgend einer Form in das Erwerbsleben eingeführt werden, sonst besteht die Gefahr, daß diese Veteranen eine ähnliche Rolle spielen wie in den römischen Bürgerkriegen. Daß auf dem Gebiet der Siedlung so wenig und so Unzusammenhängendes geschehen ist, bildet vielleicht das schwerste Hindernis einer schnellen Entwertung. Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, daß jede Verzögerung der Reinigungsaktion in der Reichswehr neue Gefahren von Links heraufbeschwört, die dann ihrerseits wieder der Reaktion Anlaß und Vorwand geben, den Klärungsprozess durch falsche Sammlungsparolen zu stören und zu verwirren.

Die Aktion der Gewerkschaften und der übrigen an der Beendigung des Generallstreiks beteiligten Organisationen dient der rechtsstehenden Presse geradezu als erwünschtes Signal. Man braucht nur die Ueberschriften der Leitartikel dieser Blätter zu lesen, um zu erkennen, daß dieser Vorstoß als Untergrabung der Regierungsgewalt geradezu freudig begrüßt wird. Die „Post“ überschreibt ihren Leitartikel: „Die Regierung unter Kuratel“, die „Deutsche Zeitung“ spricht von „Helfershelfern des Bolschewismus“, die „Kreuzzeitung“ ruft: „Die Generallstreikler fallen der Regierung in den Rücken“, die „Deutsche Tageszeitung“ höhnt: „Legen und Erbsen erteilen der Regierung im Kampf gegen den Bolschewismus den gemessenen Befehl „Stopsen“, und es sei nicht zu bezweifeln, daß die Regierung diesen Befehl prompt und zur Zufriedenheit ihrer Vorgesetzten ausführen wird.“

Aus der ganzen Entwicklung zieht die „Kreuzzeitung“ den Schluß, daß die Zustände vom 20. März „das Ende der parlamentarischen Regierungsform“ waren. „Es würde“, so sagt das deutschnationale Blatt, „der Wahrscheinlichkeit mehr entsprechen, wenn das auch äußerlich durch eine rein sozialistische Regierung zum Ausdruck käme. Noch besser wäre es aber, wenn die bürgerlichen Parteien diese Resignation nicht übten, sondern fußend auf den Mehrheitsverhältnissen des Parlaments, wie in Bayern, eine Regierung ohne die Sozialdemokratie bildeten und die unerträgliche Fessel der Abmachung vom 20. März abstreiften.“

In der Tat drängt alles auf eine Klärung hin. Die Neubildung der Regierung und die Aussprache in der Nationalversammlung hat die Kernfragen in der Schwebe gelassen. Wenn jetzt am Sonnabend das Parlament wieder zusammentritt, muß die Forderung erhoben werden, daß die Entscheidung nicht länger verzögert wird. Die Entwicklung drängt und jede Verschleierung vermehrt die Schwierigkeiten. Wie bereits im Abendblatt ausgeführt wurde, bedeutet das